

Wilsdruffer Tageblatt

Fortwöchentliches Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Abdruck dieses Blattes mit Ausnahme der Sonntags- und Festtage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Geschäftsabnahme monatlich 3 Mk., nach anfangs vier Wochen in der Höhe monatlich 3.50 Mk., auf dem Lande 5.00 Mk., durch die Post bezogen einschließlich 17.25 Mk. mit Zustellungsgebühr. Alle Postanstalten und Postämter sowie unsere Abonnenten und Geschäftsleute nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle früherer Sonntags-, Fest- oder sonstiger Zeitveränderungen hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückgabe des Bezugspreises.



Inhaltsverzeichnis: 1.50 Mk. für die 6. Ausgabe des Tagesblattes über deren Namen, Namen, die 2. Ausgabe des Tagesblattes 1.50 Mk. Bei Abbestellung und Jahresbeitrag entsprechend Preisnachlass. Belohnungen im amtlichen Zeit (nur von Zeitungen) die 2. Ausgabe des Tagesblattes 4.50 Mk. Nachzahlungsbetrag 30 Pfg. Angelegenheiten des Vormittags 10 Uhr. Für die Mitglieder der durch Beruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Anzeigenspruch erfolgt, wenn der Beitrag durch Klage eingezogen werden muß über den Auftraggeber in Haftung gestellt.

Erscheint seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Roßfen.

Verleger und Drucker: Arthur Schünke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Kästig, für den Inzeratenteil: Arthur Schünke, beide in Wilsdruff.

Nr. 251.

Mittwoch den 26. Oktober 1921.

80. Jahrgang.

Ämtlicher Teil.

Grumbach.

Die Materarbeiten in der Pfarre zu Grumbach sind zu vergeben. Kostenanschläge sind bis 1. November 1921 einzureichen. Weitere Auskunft erteilt in den Formtagsstunden der Kirchenvorstand.

Der Kirchenvorstand
Umlauf.

Kesselsdorf. Rattenvertilgung betr.

In Anbetracht der immer mehr überhandnehmenden Rattenplage hat der Gemeinderat eine allgemeine Rattenvertilgung in der hiesigen Gemeinde angeordnet. Es

ergeht an alle diejenigen Grundstücksbesitzer, in deren Grundstücken das Vorhandensein von Ratten wahrgenommen worden ist, die Aufforderung, in der Zeit vom 27. bis 29. d. M. durch Auslegen von Gift, das bei dem Unterzeichneten zum Preise von 6 Mark entnommen werden kann, eine Bekämpfung der Ratten vorzunehmen. Gegen diejenigen Grundstücksbesitzer, die der Verordnung trotzdem Ratten in ihren Grundstücken festgesetzt worden sind, nicht nachkommen, wird strafbar vorgegangen werden.

Kesselsdorf, am 22. Oktober 1921.

Der Gemeindevorstand.

Wir bitten höflich, Anzeigen bis 10 Uhr vormittags anzugeben.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Reichspräsident Ebert ist in Verhandlungen mit den Parteiführern bemüht, eine erweiterte Grundlage für die neue Regierung zu sichern.

* Die amerikanischen Truppen am Rhein, die gegenwärtig 13 500 Mann stark sind, sollen bis Mitte März 1922 allmählich bis auf etwa die Hälfte zurückgezogen werden.

* Der bulgarische Kriegsminister Dimitreff wurde bei einer Automobilfahrt durch Gewehrschüsse ermordet. Der Autoführer und zwei Begleiter wurden ebenfalls getötet.

* In der Krain soll eine selbständige Sowjetrepublik errichtet sein, die zur russischen Republik in bundesfreundlichem Verhältnis steht.

Was tun?

Von besonderer Seite wird uns aus Berlin über die augenblickliche politische Lage nach dem Rücktritt des Kabinetts Wirth geschrieben:

Den Reiz der Neuheit kann man auch beim besten Willen für das Schauspiel, das Deutschland wieder einmal der Welt bietet, nicht in Anspruch nehmen. Im Augenblick einer entscheidungsvollen Krise, einer Zuspitzung unserer innerpolitischen Lage, wie sie seit dem unglücklichen Ausgang des Krieges von Zeit zu Zeit immer wieder sich einstellt, bricht die von der Volksoberleitung bestellte Regierung zusammen, und die Parteien müssen sich darüber schlüssig machen, was geschehen soll. Jedesmal, wenn diese furchtbare Situation glücklich — oder auch unglücklich — überwunden ist, taucht die Hoffnung auf, daß man mit diesem letzten ungeheuerlichen Opfer sich endlich das Recht für eine ruhigere Zukunft, für eine langsame Annäherung besserer Beziehungen mit den Feinden von gestern erkauft habe. Und doch, kaum sind einige Wochen, oder höchstens einige Monate, vergangen, so muß man einsehen, daß alles vergebens war, daß neue Schmach, neue Demütigung unser wartet, und daß ein Ende der Vergeßlichkeiten, denen wir ausgesetzt sind, gar nicht abzusehen ist. Die Furchtbarkeit dieser Erkenntnis hat das Ministerium Wirth und die Parteien, die hinter ihm standen, mit niederschmetternder Wucht getroffen. Und obwohl niemand anzugeben weiß, wie ein anderer Kaiser nach Annahme des Londoner Ultimatums hätte vorgehen müssen, um das Unheil von uns abzuwenden, so hat nach anfänglichem Schwanken doch die Erkenntnis gestiegt, daß man dem Volke einen Wechsel in der Regierung schulde, da es wirklich nicht angehe, nach der Genfer Entscheidung die Geschäfte des Reiches weiterzuführen, als wenn gar nichts geschehen wäre. Und der Herr Reichspräsident hat infolgedessen wieder einmal die Aufgabe, mit den Parteiführern über die Einsetzung einer neuen Regierung zu verhandeln.

Was geschehen soll, weiß man auf der entschiedenen Linken ebenso bestimmt, wie auf der entschiedenen Rechten. Die sozialistischen Parteien kennen kein Schwanken. Da die Entente gesprochen hat, und da sie auch diesmal wieder mit Zwang droht, muß man, selbstverständlich, gehorchen und tun, was sie befiehlt. Auf der Rechten weiß man eine abermalige Preisgabe deutschen Landes, deutschen Volkstums, deutschen Besitzes zurück, und gerade der Umstand, daß sie durch Vertrags- und rechtswidrigen Zwang von uns erpreßt werden soll, verstärkt hier die Entschlossenheit zum Nein-sagen. Aber die Mittelparteien, das Zentrum, die Demokraten, die Deutsche Volkspartei, wie werden sie sich mit der „neuen Lage“ abfinden, von der Dr. Wirth in seinem Rücktrittsschreiben an den Reichspräsidenten gesprochen hat? Sollen sie „Ja“ sagen und damit den ungeheuerlichsten Rechtsbruch, den Deutschland erfahren hat, sanktionieren? Sollen sie „Nein“ sagen und damit außer Oberschlesien auch noch weiteres deutsches Gut, vielleicht auch noch weiteres deutsches Land gefährden? Es nützt auch noch nichts, rufen die Sozialisten ihnen zu, wie sehr ihr euch auch drehen und sperren mögt. Die Grenzlinie ist gezogen, und ihr müßt sie anerkennen, weil ihr euch dazu im Friedensvertrag im voraus verpflichtet habt. Und die Wirtschaftsverträge mit Polen dürft ihr nicht ablehnen, denn sie bieten euch eine letzte Möglichkeit, die sohabaren Industrietheorie des nunmehr geteilten Abstammungsgebietes zu erhalten und deutschen Einfluß zum mindesten für die nächsten 15 Jahre sicherzustellen. Geht ihr darauf nicht ein, so müßt ihr damit rechnen, daß den

Polen allein überlassen wird, die Zukunft Oberschlesiens zu bestimmen, so gut oder so schlecht sie es mit oder ohne ausländische Hilfe zu tun vermögen. Also verhandelt mit Polen oder ihr seid ganz verloren. Mit Polen verhandeln? ruft man von der Gegenseite her. Einen Bevollmächtigten innerhalb der vorgeschriebenen achtstägigen Frist ernennen? Das bedeutet nichts anderes als die Anerkennung der Entscheidung, in der auch diese Annahme gestellt ist. Und wenn ihr die Benennung dieses Bevollmächtigten mit einem Protest, mit einer Rechtsverwahrung feierlichen oder unfeierlichen Gepräges verbinden wollt, so wißt ihr doch ganz genau, daß damit gar nichts erreicht würde. Die anderen hörten von alledem nur das „Ja“ — das „Ja“ der Verhandlungsbereitschaft mit Polen, und damit wäre in euren Augen der deutsche Verzicht auf den an Polen gefallenen Teil Oberschlesiens ein für allemal ausgesprochen. Und Verhandlungen mit Polen? Wißt ihr immer noch nicht, daß die Polen Verträge, die auch anderen Völkern Rechte gewähren, immer nur schließen, mit dem Vorbehalt, sie zu brechen, wenn es ihnen in den Kram paßt, daß sie Verhandlungen monate-, ja jahrelang hinzuziehen verstehen und in der Zwischenzeit den Verhandlungsgegner bis aufs Blut zu peinigen wissen? Und seht ihr denn nicht ein, daß der Inhalt aller der Verträge, die ihr nach dem neuesten Pariser Diktat mit Polen abschließen sollt, von Herrn Briand schon im voraus festgelegt ist — selbstverständlich zu dem Zweck, daß all die deutsche Arbeit, die in den nächsten 15 Jahren in Oberschlesien geleistet werden soll, ganz ausschließlich den Polen zugutekommen muß? Werkt ihr nicht endlich, daß eure Feinde jetzt wie schon in Versailles es direkt darauf angelegt haben, euch die Erfüllung der Friedensverpflichtungen unmöglich zu machen, um so immer wieder neue Zwangsmassnahmen gegen Deutschland ins Werk setzen zu können? Daß endlich eure Klagen über die immer mehr zusammenschrumpfenden Aussichten auf Befriedigung eurer Feinde ganz sinnlos sind, daß ihr euch damit nachgerade vor den Augen der Welt lächerlich macht, ohne der Lage eures Volkes damit auch nur im mindesten zu nutzen? Nein, habt endlich nur einmal den Mut, zum Widerstand, zur Ablehnung, ohne Rücksicht auf die unmittelbaren Folgen, die daraus entstehen mögen, und ihr werdet sehen, erst dann wird die Möglichkeit besserer Zeiten für euch gekommen sein.

Wird diese von ganz rechts vertretene Ansicht durchbringen, oder wird die Reichstagsmehrheit an den Traditionen festhalten, die sie im Umgang mit der Entente bereits herausgebildet hat? Wir wagen nicht zu prophezeien, denn nur, wer an der furchtbaren Verantwortlichkeit für diesen Entschluß mit zu tragen hat, kann in völlig eindeutiger Weise zu den Ereignissen dieser Tage Stellung nehmen.

Einigungsbestrebungen.

(Von unserem ständigen Mitarbeiter.)

Berlin, 24. Oktober.

Nachdem das Kabinett Wirth in eingehenden Beratungen zu der Überzeugung gekommen ist, daß nach der Zerreißung Oberschlesiens die Grenzen der deutschen Leistungsfähigkeit und Erfüllungsmöglichkeit sich so erheblich verengert haben, daß für die Politik des Reiches eine neue Lage geschaffen ist, und daß die Regierung daher ihre bisherigen Absichten nicht mehr durchführen kann, hat sie dem Reichspräsidenten Ebert ihre Ämter zur Verfügung gestellt, nicht ohne nochmals der Überzeugung Ausdruck zu geben, daß nur das aufrichtige Bestreben aller Teile, die vertraglichen Verpflichtungen zu erfüllen, die politische und wirtschaftliche Wiederherstellung Europas ermöglicht. Damit ist deutlich ausgesprochen, daß nur der außenpolitische Druck, nicht aber irgendwelche inneren Differenzen den Rücktritt des Kabinetts veranlaßt haben. Immerhin machen sich die Meinungsverschiedenheiten zwischen den Parteien in dem jetzt herrschenden Zwischenzustand, in dem das Kabinett Wirth nur noch die laufenden Geschäfte weiterführt, lebhaft geltend, besonders, soweit die Stellungnahme zur Frage der Behandlung der oberschlesischen Angelegenheit selbst in Betracht kommt.

Der Reichspräsident Ebert hat sich bemüht, die Parteiführer davon zu überzeugen, daß zwischen den Auffassungen der einzelnen Gruppen gar keine allzu tiefgehenden Differenzen bestehen. Die Frage, ob man Delegierte zu den voraufgeschriebenen Verhandlungen mit Polen senden

108, wird nur noch von den Deutschnationalen entschieden verneint. Die Sozialisten bejahen diese Frage reiflos und die bürgerlichen Mittelparteien wünschen, (mit kleinen Abweichungen untereinander) zum mindesten gleichzeitig einen Protest gegen die Grenzziehung auszusprechen, die man keinesfalls durch die Entsendung von Unterhändlern rückwärtszweigen anerkennen möchte. Die Demokraten, deren Standpunkt für die Volkspartei „nicht indiskutabel“ ist, haben erklärt, daß alles vermieden werden muß, was geeignet wäre, das Wesen der Entscheidung als eines einseitigen Diktats zu verdunkeln. Die Fraktion hält daher eine feierliche Rechtsverwahrung der deutschen Reichsregierung gegenüber der Entscheidung vom 20. Oktober für notwendig.

Durch Teilnahme an Verhandlungen über einzelne Bestimmungen dürfte keinesfalls der Diktatscharakter der Entscheidung vermehrt werden und die deutsche Rechtsverwahrung müsse aufrechterhalten bleiben.

Es ist durchaus nicht unmöglich, daß auf dieser Basis die bekannte „große Koalition“ von der Volkspartei bis zu den Sozialdemokraten zustandekommt, obwohl die schwierige Verständigung zwischen den beiden Mittelparteien dieses Bloß über die Steuerfrage noch nicht erzielt ist. Eine andere Basis für die neue Regierung ist zurzeit kaum denkbar, da die Demokraten die bisherige Koalition, das Zentrum aber das Bündnis mit den Sozialdemokraten ablehnen, ebenso wie den rein bürgerlichen Bloß ablehnen. Wenn die große Koalition auch diesmal nicht gelingt, hält man, im Augenblick ein unpolitisches Geschäftsministerium für wahrscheinlich. Die Verhandlungen müssen bis Donnerstag erledigt sein, da dann der Delegierte für die polnischen Verhandlungen ernannt sein muß.

Erkaiser Karl gefangen.

Die kaiserlichen Truppen zerstreut.

Budapest, 24. Okt. (Melbung des Ung. Kor.-Bur.) Nach einem neuerlichen Gefecht wurden die Aufrechter zerstreut. Ihre Führer flüchteten und überließen die Sorge für die Sicherheit der Person des Königs den Regierungstruppen. König Karl wurde unter den höflichsten Formen der Obhut des Obersten Simenalski der Nationalarmee anvertraut. Die Aufrechter sogen sich bis Tata zurück. Sie haben die Hälfte ihres Kontingents verloren. Die Bauernschaft hat auf der Linie Bioste-Gefes feherbar die Schienen aufgerissen, um ein Ausweichen der Aufrechter gegen Süden zu verhindern.

Der panikartige Rückzug der Truppen.

Über den Rückzug der kaiserlichen Truppen nach dem Kampf bei Budapest wird gemeldet:

Die militärische Aktion wird sorgfältig und führt zu einem panikartigen Rückzuge der Königstruppen, die zahlreiche Gefangene hinterlassen. Der König samt seinem Gefolge und die Truppen bestiegen in Eile bereitgehaltene Züge und fuhren in der Richtung auf Komorn ab.

Budapest, 24. Okt. Die die Aufständischen befördernden Eisenbahnzüge verließen, über die Stadt Tata nach Komorn zu gelangen. Die Aufständischen erfuhr jedoch in Tata, daß die Eisenbahnlinie nach Komorn unterbrochen sei und daß die dortige Garnison die Flucht mit Waffengewalt verhindern werde. Die ungarische Regierung hatte bereits zu Beginn des Putschs einen verlässlichen Offizier nach Tata geschickt, der jedoch von den durchziehenden Truppen Ojtenburgs am Sonnabend gefangen wurde. Dieser Offizier übernahm nun in Tata das Kommando und sorgt für die Überwachung des Königs. Ferner ordnet er die ohne Führer zurückströmenden Aufständischen. Die an der Organisation des Putschs beteiligten Politiker und Soldaten fremder Herkunft liegen den König schließlich im Etiche und suchten nach Soldneract sich den Folgen des begangenen Verrats durch die Flucht zu entziehen. Stephan Ratowski, Graf Jonas Andraffy und Gray sind in Tata in Gefangenschaft der ungarischen Nationalarmee geraten. Die Regierung hat Maßnahmen zur Befestigung der übrigen Aufwiegler getroffen.

Forderungen der ungarischen Regierung.

Budapest, 24. Okt. Bei den Verhandlungen, die heute vormittag zwischen den Vertretern der Regierung und jenen des Königs stattfanden, überbrachte der Regierungsvorsteher, bevollmächtigter Minister Kanya und Feldmarschall Sorlans die Be-